

Die Energiewirtschaft in Baden-Württemberg

Von Günther H. Oettinger

Die Leistung einer Volkswirtschaft hängt maßgeblich von einer kontinuierlichen, preiswerten, sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung ab. Die Gewinnung der Energieträger, ihre Aufbereitung, ihr Transport und die Umwandlung in Energie für den Verbrauch sowie ihre Vermarktung sind Aufgaben der Energiewirtschaft.

Am 1. Oktober 2007 waren in Baden-Württemberg insgesamt 238 Energieunternehmen mit Sitz im Land tätig, davon 134 als Stromgrundversorger, 134 als Gasversorger und 126 als Gasnetzbetreiber. Diese Unternehmen erzielten mit fast 20.000 Beschäftigten einen Umsatz von über 25 Mrd. Euro pro Jahr.

Die Liberalisierung der Energiemärkte im Jahr 1998 führte zu erheblichen Veränderungen bei der Energiewirtschaft. In der Zwischenzeit haben sich die Unternehmen immer besser auf den Wettbewerb um Kunden, aber auch um Netze eingestellt. Auf den Wettbewerb in ihren Versorgungsgebieten haben die Unternehmen mit Änderungen ihrer Preisstrukturen und Sonderverträgen reagiert. Eine nicht unbeachtliche Zahl baden-württembergischer Unternehmen hat sich zum Wettbewerb in anderen Versorgungsgebieten entschlossen, teilweise mit guten Erfolgen. Die Kooperationsbereitschaft der kleineren und mittleren Unternehmen hat deutlich zugenommen. Einige Kommunen bzw. ihre Stadtwerke haben sich zudem auf neue Geschäftsfelder gewagt. Im Bereich der Gasversorgung wurden und werden nach wie vor neue Netze errichtet.

In den Jahren nach 1998 entstand durch den Zusammenschluss der Energieversorgung Schwaben AG und der Badenwerk AG sowie später mit der Übernahme der Neckarwerke Stuttgart AG die Energie Baden-Württemberg AG (EnBW). Sie ist Deutschlands viertgrößter Stromversorger.

Die am 1. Januar 2009 beginnende Anreizregulierung wird weitere markante Veränderungen – insbesondere in den Unternehmen selbst – bringen. Vor allem werden Rationalisierungspotenziale mehr und mehr ausgelotet. Zunehmend werden darüber hinaus Netzverpachtungen sowie der Wettbewerb um Konzessionen in unmittelbarer Nachbarschaft und fachbezogene Dienstleistungen zur Einnahmeverbesserung führen. Zu erwarten ist, dass die intensive Nutzung von Synergieeffekten zu weiteren Effizienzverbesserungen führen wird.

Die aktuelle Struktur der baden-württembergischen Energiewirtschaft ist so gut, dass es sich lohnt, alles zu ihrem Erhalt zu tun. Die Landesregierung hat deshalb immer deutlich gemacht, dass sie neben den großen Energiekonzernen wie der Energie Baden-Württemberg AG oder der MVV Energie AG auch die Stadtwerke bei der Umsetzung ihrer energiepolitischen Zielvorstellungen als unverzichtbare Partner ansieht.

Neue Herausforderungen

Die Energiepolitik der nächsten Jahre wird von der immer deutlicher werdenden Endlichkeit der Ressourcen, von einer sich verstärkenden Importabhängigkeit hinsichtlich fossiler Primärenergieträger und vom sich abzeichnenden Klimawandel bestimmt werden. Die Sicherung einer wirtschaftlichen und zugleich nachhaltigen Energieversorgung und damit verbunden die drastische Senkung der CO₂-Emissionen, die Neuausrichtung des Energiemix und eine höhere Energieeffizienz sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Die Landesregierung wird sich diesen Herausforderungen auch weiterhin im engagierten und unvoreingenommenen Zusammenwirken mit der Energiewirtschaft stellen.

Ein unverzichtbarer Partner der Landesregierung ist dabei der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW). Die OEW waren und sind ein Eckpfeiler der Stromversorgung des Landes.

Die Bedeutung der Energiewirtschaft für die Entwicklung des Südwestens

Die zuverlässige Stromversorgung war eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Industrialisierung Württembergs und Badens, dafür dass Baden-Württemberg heute zu den wohlhabendsten Regionen in Deutschland zählt.

Die aktuelle Situation ist insofern höchst bemerkenswert, wenn man die Lage im Königreich Württemberg, aber auch im Großherzogtum Baden zu Beginn des 19. Jahrhunderts betrachtet: Beide Länder gehörten damals zu den ärmsten in Europa. Sie waren überwiegend von der Landwirtschaft geprägt, wobei die meist vorherrschende Realteilung nur kleine und unrentable Bauernhöfe erlaubte. Es gab nur kleine Städte. Bodenschätze waren kaum vorhanden. Die großen Verkehrs- und Handelsstraßen liefen anderswo. Dazu war Württemberg durch seine Pracht liebenden Herzöge und viele Kriege ausgeblutet.

Da es in Württemberg und Baden keine nennenswerten Kohlevorkommen gab und der Import von Kohle anfangs unerschwinglich teuer war, blieb das Wasser zunächst wichtigster Antriebs- und Energielieferant. Die Industrieansiedlungen waren darum lange Zeit an die Flüsse gebunden. Erst später wurden dann die wasserunabhängigen Dampfmaschinen eingesetzt, bis um die letzte Jahrhundertwende die Elektrizität zur Verfügung stand.

Die dann einsetzende rasante Entwicklung mit einer deutlichen Zunahme der industriellen Produktion, das rasche Bevölkerungswachstum und die sich ändernden Lebensgewohnheiten nach dem Zweiten Weltkrieg führten zu einem laufend steigenden Energiebedarf. So wurde der Ausbau des Verteilernetzes in ländlichen und industriearmen Gebieten in der Regierungserklärung vor dem Landtag 1956 als vordringliches Problem angesehen, da dies – zu Recht – als Voraussetzung für die notwendige Technisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft, aber auch für die

Industrialisierung dieser Gegenden angesehen wurde. Neben der Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Stromgewinnung aus Wasserkraft entstanden Kraftwerke auf der Basis fossiler Energieträger (Öl, Kohle). Da aber Baden-Württemberg nicht über natürliche Vorkommen solcher Energieträger verfügte, wurde bereits Mitte der 1950er Jahre die Erschließung der Atomkraft als neue Energiequelle diskutiert. Dies geschah auch vor dem Hintergrund der hohen Luftbelastung durch die Kraftwerke auf fossiler Brennstoffbasis. An der Nutzung der Kernenergie waren neben den Energieversorgungsunternehmen insbesondere auch der Maschinenbau sowie die Wissenschaft interessiert. Der Bau der Kernkraftwerke in Obrigheim, Neckarwestheim und Philippsburg stellte die ausreichende und preisgünstige Versorgung mit Energie auf lange Frist sicher, erhielt damit die Wirtschaft leistungsfähig und sicherte so Arbeitsplätze.

Das „Energiekonzept Baden-Württemberg 2020“

Die Einbeziehung der Kernkraft in die Stromerzeugung ist auch heute noch geboten, um eine sichere und gleichzeitig umweltfreundliche Versorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen zu gewährleisten.

Deshalb enthält auch das von der baden-württembergischen Landesregierung vorgelegte neue „Energiekonzept Baden-Württemberg 2020“ ein klares Bekenntnis zur weiteren Nutzung der Kernenergie. Das vorzeitige Abschalten sicherer und rentabler Kernkraftwerke ist ökologisch und klimapolitisch ein Irrweg. Ohne eine Aufhebung der Laufzeitverkürzung wird sinnlos Produktionskapital vernichtet, und die Bemühungen zur Vermeidung von Treibhausgasen werden zunichte gemacht. Der wirtschaftliche Spielraum, der durch eine Aufhebung der Laufzeitverkürzung bei den Energieversorgern entsteht, sollte für eine Intensivierung der Erforschung erneuerbarer Energien und der effizienten Energieumwandlung genutzt werden. Durch eine Laufzeitverlängerung von zehn Jahren stehen voraussichtlich zusätzliche Mittel im Umfang von mindestens 1 Mrd. Euro für Baden-Württemberg zur Verfügung. Dieser Betrag könnte in einen Baden-Württemberg-Fonds für

erneuerbare Energien eingebracht werden. Damit wäre eine Brücke zwischen der Kernenergie und dem notwendigen technologischen und finanziellen Schub für einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen.

Energiemix unterstützt Klimaziele

Das Energiekonzept beschreibt die energiepolitischen Ziele der Landesregierung für den Zeitraum bis zum Jahr 2020 und zeigt gleichzeitig die erforderlichen Maßnahmen auf, um diese Ziele zu erreichen. Nicht nur der zumindest bislang festgelegte Ausstieg aus der Kernenergie, auch die beginnende Überalterung und die Ineffizienz vieler Kohlekraftwerke machen den Bau neuer Kraftwerke in Deutschland und Baden-Württemberg erforderlich. Allein mit der Einsparung von Energie und dem Ausbau erneuerbarer Energien ist die Stromversorgung im Jahr 2020 schlicht nicht zu gewährleisten. Die Formel Baden-Württembergs für die Stromerzeugung im Jahr 2020 lautet deshalb: 20 % erneuerbare Energieträger, 30 % fossile Energieträger und 50 % Kernkraft.

Baden-Württemberg muss dabei Kraftwerksstandort bleiben. Auch zukünftig soll der Strombedarf des Landes so weit wie möglich durch Erzeugungskapazitäten im Land gedeckt werden. Das Land muss von Stromimporten so weit als möglich unabhängig bleiben.

Energiesparen und effiziente Energienutzung

Der bewusste Umgang mit den Energieressourcen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Über eine effizientere Energienutzung und die Einsparung von Energie kann ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Gleichzeitig kann damit auch steigenden Preisen wirksam begegnet werden.

Bis zum Jahr 2020 soll die Energieproduktivität in Baden-Württemberg deshalb im Mittel um 2 % pro Jahr gesteigert und der Primärenergieverbrauch

um mindestens 10 % gesenkt werden. Außerdem soll der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung bis 2020 auf 20 % verdoppelt werden. In diesem Zusammenhang setzt die Landesregierung vor allem auf die Wohnungswirtschaft, auf die Kommunen und die Industrie. Wichtigster Ansatzpunkt für spürbare Einsparungen ist der Bereich der Wohngebäude. Fast ein Drittel des gesamten Endenergieverbrauchs geht auf das Konto der Beheizung und Warmwasserbereitung der über 20 Jahre alten Gebäude. Im Gegensatz zu einem nach der Energieeinsparverordnung errichteten Neubau haben viele ältere Gebäude einen bis zu fünffach höheren Energiebedarf. Durch entsprechende Modernisierungsmaßnahmen könnte in Baden-Württemberg jährlich eine Energiemenge eingespart werden, die rund 5,5 Mrd. Liter Heizöl entspricht.

Ausbau erneuerbarer Energieträger

Bei den erneuerbaren Energieträgern legt das Energiekonzept konkrete Ausbauziele fest. Danach soll der Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Stromerzeugung im Jahr 2020 mindestens 20 % betragen, und der Anteil an der Wärmebereitstellung soll sich auf mindestens 16 % erhöhen. Durch diesen Ausbau der erneuerbaren Energieträger erhöht sich die Versorgungssicherheit, weil dadurch die Energieversorgung auf eine breitere Grundlage gestellt wird. Zugleich sind die erneuerbaren Energieträger ein zentrales Instrument zum Schutz des Klimas. Mit ihrem Ausbau wird darüber hinaus ein Marktsegment mit hohem Innovations- und Wertschöpfungspotenzial im Land forciert.

Entsprechend der im Energiekonzept genannten Ausbauziele bleibt die Wasserkraft die größte erneuerbare Energiequelle im Stromsektor in Baden-Württemberg. Die größten Wachstumspotenziale haben die Bioenergie und die Photovoltaik. Auch die Windenergie wird einen Beitrag leisten können, um letztendlich auf den geplanten Anteil der regenerativen Energieträger zur Energiegewinnung zu kommen.

Konsequente Weiterführung der Regulierung im Netzbereich

Ein wirtschaftliches Energieangebot und eine wettbewerbsfähige Energiewirtschaft haben für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg große Bedeutung. Deshalb soll die Regulierung im Netzbereich konsequent weitergeführt werden. Beim Stromgroßhandel ist eine höhere Transparenz erforderlich. Neue Kraftwerke brauchen einen diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen.

Gleichzeitig müssen die marktwirtschaftlichen Impulse auf der Nachfragerseite gestärkt werden. Der Energiemarkt benötigt mündige Verbraucher, die mehr als bisher über die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge im Energiebereich informiert sind. Beispielsweise müssen die Energiekunden die Möglichkeiten zum Wechsel von Anbietern noch besser kennen lernen und diese auch nutzen.

Engere Vernetzung von Forschung und Wirtschaft stärkt nachhaltige Entwicklung

Schließlich geht das Energiekonzept auch auf die wichtige Rolle der Forschung ein, die in Baden-Württemberg im Energiebereich sehr gut aufgestellt ist. Forschung, Industrie und kleine und mittlere Unternehmen müssen aber noch stärker vernetzt werden. Vor diesem Hintergrund ist im Rahmen der baden-württembergischen Clusterpolitik, insbesondere mit Blick auf die nachdrückliche Steigerung der Energieeffizienz und des Anteils der erneuerbaren Energien, ein „Energiecluster“ angedacht.